

aber er kommt nie hier, bis es ihr gefiel, ihre schrecklichen Oct zu kornern sehen sich so selten, fma, und verlässt keine andere für mein Ohr? ...

Er scheint an jedem Werttag, Besichtigungen nehmen sämtliche Wohnstätten und Postbüden entgegen.

Bezugspreis im Februar A 1900. — Einzelnummer A 60.

Anzeigen-Gebühr für die einpaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung A 80. — bei mehrmaliger Abtatt nach Tarif. Bei gerichth. Verreibung u. Konfiskation A der Abtatt hinfällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Nr. 33

Freitag, den 9. Februar 1923

97. Jahrgang

Französische Selbsttäuschung

War zu gern möchten sie sich einreden, daß die Front des Widerstandes, auf die sie gestossen sind, zu warten beginne. In Deutschland hat man davon keine Spur gesehen. Die Franzosen suchen sich Mut einzureden, indem sie sich „Erfolge“ vormachen, die sonst kein Mensch sieht, und indem sie in Deutschland Dinge wahrnehmen, die ebenfalls kein anderer Beobachter erkennt. Auch die fremden Beobachter in Deutschland haben bisher noch nicht das entdeckt, was man von der Seite her zu sehen vorgibt. Der Berliner Vertreter des Londoner „Daily Telegraph“ hat sich vom Kohlenkommissar Dr. Stuy ausführlich erzählen lassen, was er über den Ruhrstreik denkt und wie die Haltung der Bergarbeiter und der Eisenbahner wirklich ist. Und auf Grund eigener Beobachtung fügt der Berichterstatter bei. Cunos Hauptstärke liegt darin, daß er zum Symbol der deutschen Einheitsfront gegen die französische Ruhrpolitik geworden sei, und daß sogar die Kommunisten mehr oder weniger mit dem Rest der Nation zur Linie eingeschwenkt seien. Ein anderer Berichterstatter des Blatts schreibt von Düsseldorf aus, im französischen Hauptquartier in Düsseldorf trage man seit der Schließung der Grenze gegen das unbesetzte Gebiet große Zuversichtlichkeit vor sich, aber Deutschland werde diese Maßregeln nicht ohne Gegenmaßregeln hinnehmen, und er habe Grund zu der Annahme, daß Deutschland seine Hand schon in einigen Stunden zeigen werde. Auch der Berliner Vertreter der „Times“ hat bei den Beuten, die er befragte, ein gut Teil ruhigen Vertrauens angetroffen, wenn er auch nichts gesunden habe, was einer Gewißheit über den Ausgang gleichsch. Frankreich möge eine ganze Reihe von Plänen haben und ausführen, aber er habe bei seinen Untersuchungen überall gute Gründe gegen diese Möglichkeiten angetroffen. Die Westfalen wichen weder der Drohung noch der Gewalt. Sie seien wesentlich unterschieden von den deutschen Stämmen, mit denen die Franzosen bis jetzt zu tun hätten. Selbst wenn es im Ruhrgebiet Kommunisten geben sollte, so zeigte sie kein Verlangen, den Franzosen in die Hände zu arbeiten. Der deutsche Kommunismus sei gerade so hartnäckig national wie der ausgesprochenste Bourgeois-Sozialismus. Je internationaler er werde, desto nationaler seien seine Ziele, und gerade jetzt sei er überragend in einer Linie mit der Regierung Cunos. Soweit man aus den Äußerungen der Sozialisten und der Gewerkschaftsführer im Ruhrgebiet urteilen könne, seien sie allgemein auf der Seite der Unternehmener und der Regierung. Der Düsseldorf Sonderberichterstatter der „Times“ sagt übrigens noch ausdrücklich, die Anzeichen, welche die Franzosen für eine Sinnesänderung anführten, seien nicht sehr überzeugend und böten keinen Beweis dafür, daß die Ruhrbevölkerung irgend etwas von ihrer tiefen Feindseligkeit aufgegeben habe. Wenn es den Franzosen Spaß macht, mit diesen Augenzeugen der Welt den Eindruck beizubringen, im Ruhrgebiet wie in Deutschland sei man lau geworden, so soll ihnen das unbenommen sein; wie weit sie damit kommen, werden sie bald erfahren.

Die Erdölkonferenz

Lausanne und Mosul

Ein Außenpolitiker schreibt mir: Die Lösung von Lausanne war kein Friedenskongreß, sondern eine Erdölkonferenz. Der Friede zwischen Griechenland und der Türkei ist nicht geschlossen worden. Er kommt vielleicht in zehn Tagen zustande, vielleicht in drei Wochen, vielleicht gar nicht. Der Punkt, um den sich im Grunde aller Streit hinter den Kulissen drehte, nämlich die Mosulfrage, wurde bei den Schlussverhandlungen vollständig ausgeschaltet. Man verwies sie zur Entscheidung an den Völkerbund, wogegen sich aber die Türken, gewißig durch das, was man bisher in Genf erlebte, mit Händen und Füßen wehren, so daß es voraussichtlich zu einer Rückverweisung an die Völkerbund, d. h. England und die Türkei zur gesonderten Erledigung kommt. Frankreich ist bei diesem Erdölstreit ganz beträchtlich ins Hintertreffen geraten. Es hat sich dafür geschämt, indem es die ganze Lausanner Konferenz aufzulegen ließ. Aber damit kommt es erst recht zum Erdöl. England hat der französischen Diplomatie nach Abschluß des Westriegs den Verzicht auf den Bezirk Mosul mit seinen Erdölquellen im Austausch gegen gewisse Zusicherungen hinsichtlich des syrischen Mandats abverlangt. England hätte sich dabei auf die Tatsache, daß die im Jahr 1914 von der türkischen Regierung herausgegebenen Deklorationen A. Dreidiertel ohnehin in englischen Händen, nämlich im Besitz der Royal Dutch (Shell-) Company und des Anglo-Perian Oil Company, der Rest aber in Händen der Deutschen und Vorkörper waren. Frankreich mußte infolgedessen in San Remo einen Vorschlag annehmen, bei dem seinem Erdölkommissar Berenger schon im Jahr 1918 nach englischen Angaben im wesentlichen aufgegeben worden war. Danach sollte Frankreich 25 Prozent des mesopotamischen Erdöls zum Marktpreis erhalten, wenn die englische Regierung selber die Quellen ausbeutet, und 25 Prozent Beteiligung am Kapital, wenn sie (was dann geschah) die Ausbeute Privatgesellschaften überträgt. Aber dieser Vertrag ist heute hinfällig. Frankreich hat unter-

dessen seine Militärmacht zum Pfaffen aufgeblasen, es dehnt seine politische Vorherrschaft über Festlandeuropa aus, es brecht immer weiter in Deutschland ein und liegt sich bei sinkender Valuta zu Tode. Was sind ihm noch die Erdölquellen von Mosul? Ferner träumt es hat gar nicht mehr die wirtschaftliche Kraft, um sich an finanzielle Riesengeschäfte heranzumachen. Das beirrt jetzt England, der militärisch zurückgedrängte, der politisch eingeschüchterte Verbündete ganz allein. Und wer zuleist lacht, lacht am besten. Der industrielle Kapitalismus Englands grübt von dem Gedanken aus, daß das nächste Kapitel der Weltgeschichte nicht von der Kohle, sondern vom Erdöl beherrscht wird. Die Erfindung des Motors in allen seinen verschiedenen Typen, die Entwicklung des Autos, des Flugzeugs, der Tankboote, der Oelfenergie in Schiffen führt einen Umschwung der industriellen Verhältnisse und damit der internationalen Politik herbei. Es gilt, den Besitz der Oelquellen der Welt oder doch einen Anteil an ihnen sich zu sichern. Nordamerika verdankt seinen beispiellosen Aufschwung der Motorenindustrie und dem Automobilismus. England fühlt die Kraft, diese Entwicklung mitzumachen. Es strebt nach dem Besitz der asiatischen Erdölquellen. Das gesamte Erdölgebiet an der türkisch-persischen Grenze hat eine Länge von 2000 Kilometern. Hieron liegen 1700 Kilometer auf persischem, 300 auf türkischem Gebiet. Die Vorkommen sind vorzüglich und gleich der des Oels von Baku. Herrschaft über England das türkische Erdöl, so ist ihm auch der Weg nach Persien frei. Die Erdölgebiete Mesopotamiens liegen in den Wäldern Bagdad und Mosul. In Mosul, gegenüber den Ruinen von Ninive, am Tigris, sind außerordentlich reiche Funde gemacht worden. In der mesopotamischen Oelkompanie, die hier ihre Interessen hat, sind die Oelruder Lynch, deren Dampfer seit Jahrzehnten den Tigris befahren, hervorragend beteiligt. Sie stellen eine Erweiterung der von der britischen Admiralität übernommenen Anglo-Persian Oil Company dar, deren gewaltige Tankanlagen in Abadan am Persischen Golf fast die ganze Flotte des Indischen und Stillen Ozeans mit Brennstoff aus dem Veden vor Schiffe speisen. Wenn zu einem Teil wenigstens ist die Forderung Lord Fishers, der alle hohlandbeizigen Schiffe veräußern wollte, schon verwirklicht.

Um die Sicherung und Erweiterung der Herrschaft über die türkisch-persischen Oelquellen handelt es sich also, und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird England mit den Türken schneller ins reine kommen als Frankreich. Dieses ist an Erdöl arm. Obwohl es Deutschland die beschiedenen Quellen von Pechelbrunn im Elß abgenommen hat und obwohl es in Alger und auf Madagaskar unerschlossene Bestände an Petroleum besitzt, wird es die nächsten zehn Jahre von England abhängig sein. Hierin liegt ein europäischer Machtgleich, gegen den Frankreich durch Sprengung der Lausanner Konferenz vergeblich ankämpfen suchte.

Steigende Erbitterung im Ruhrgebiet

Ausweitung des gesamten Eisenbahnpersonals?

Die Stimmung in Paris ist nicht besonders günstig. Man weiß nur zu genau, daß die Reihe des Ministers Le Trocquer nach Düsseldorf, die Hals über Kopf beschlossen wurde, dem Unstund zuzuschreiben ist, daß die Eisenbahnlinien so verstopft sind, daß an einen Abtransport wesentlicher Rohleistungsvorräte nicht zu denken ist. Die wachsende Unzufriedenheit der deutschen Eisenbahner hat einen großen Eindruck gemacht. Unter Würdigung dieses Umstandes verbreitete die „Liberté“ eine Meldung ihres Korrespondenten in Düsseldorf, die, wenn sie wahr ist, von der größten Bedeutung wäre. Er behauptet, unter den Maßnahmen, die Minister Le Trocquer und General Weggand, die sich befandentlich heute in Düsseldorf aufhalten, ins Auge faßten, und worüber sie heute nachmittag beraten sollten, sei die Ausweitung des gesamten Personals der Eisenbahner aus dem Rheinland und dem Ruhrbecken geplant. Durch diese Maßnahme würde man leichter Sabotageversuche entgegenzutreten können, und andererseits würden die französischen Eisenbahner leichter in den Stand gesetzt, den Betrieb in regelmäßiger Weise aufrechtzuerhalten.

Wenn man bedenkt, daß es sich hier um 60 000 Beamte handelt, also mit Familien um etwa 300 000 Personen, wird man die Wichtigkeit dieser Maßnahme bezweifeln können. Man ist ja seit Sonntag nach dem Einmarsch französischer Truppen in Baden auf allerhand gefaßt, aber man kann nicht glauben, daß eine Maßnahme getroffen werden soll, die nicht mehr mit Ausweitung, sondern mit Depariierung zu bezeichnen wäre. Man würde also eine Bevölkerung von annähernd 300 000 Menschen aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet nach andern Gebieten Deutschlands bringen müssen. Man kann deshalb bezweifeln, daß die französische Regierung die Absicht hat, ein derartiges Vorgehen durchzuführen. Aber immerhin, es sind in den letzten Tagen Maßnahmen erfolgt, die selbst in Frankreich Kopfstöße hervorgerufen haben.

Befestigungsvorhaben

Eben, 8. Febr. Die Franzosen versuchen durch Späh-

von dem Personal der Fabriken gegen hohe Belohnung in den Gruben Karuhren hervorzuheben und wichtige Ausrüstungen zu erhalten. Der Bergarbeiterverband warnt vor diesen Treibern und fordert erneut die Zurückziehung der Truppen.

Die Franzosen und Belgier haben, im Gegensatz zu den Behauptungen der Pariser Blätter, bis jetzt noch keine Kohlenföndungen durch die verschiedenen Überwachungsstellen durchgelassen.

Die französische Regierung hat den früheren deutsch-essaischen Finanzbeamten Schweighuid ins Ruhrgebiet gelandt, um Vorbereitungen für die Steuer- und Zollbetreibungen und die Frage der Einführung einer besonderen Geldwährung zu prüfen.

Tanz und Reitpfeifen

Kesslinghausen, 8. Febr. Als gestern abend die Bevölkerung auf dem Marktplatz sich verlamelte und vaterländische Lieder sang, rückten französische Panzerkolumnen gegen die Menge an; französische Infanterie ging mit geblümtem Bajonnet vor. Offiziere drangen in ein Wirtshaus ein und schlugen mit Reitpfeifen auf die Gäste los, die sie mit Pfeifen hielten auf die Straße verfolgten. Dann zogen die Offiziere ins Theater, sangen während der Vorstellung des französischen Racheheld und trieben die Zuschauer mit den Reitpfeifen aus dem Theater. — Die Ladengeschäfte werden durch die Franzosen zwangsweise sämtlich anverkauft.

Bochum, 8. Febr. Französische und belgische Ingenieure verlangten die Abschließung des Bochumer Vereins zu beschließen, was ihnen verweigert wurde. Da man damit rechnen, daß sie mit militärischer Gewalt die Befestigung vornehmen werden, beschloß das ganze Personal, in diesem Fall sofort die Arbeit niederzulegen.

Einspruch der Presse

Münster i. W., 8. Febr. Eine Versammlung von Pressevertretern unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Dr. von Arnim erhob Widerspruch gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit durch Zensur und Zensurverbote.

Der Papst an Kardinal Schulle

Rom, 8. Febr. Der Staatssekretär des Papstes, Kardinal Gasparri, richtete, wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, an den Kardinal Schulle ein Antwortschreiben, worin versichert wird, daß dem heiligen Vater die Ereignisse am Rhein und an der Ruhr tief zu Herzen gehen, und daß der Papst in seinem väterlichen Bemühen, den Frieden zu fördern und das Leid zu lindern, fortgesetzt alles aufbiete, was nur möglich sei.

Französischer Spion

München, 8. Febr. Hier wurde ein gewisser L. d. e., angeblich mexikanischer Staatsangehöriger, verhaftet, der sich seit einiger Zeit durch große Geldausgaben verächtlich gemacht hatte. Er verurteilte verschiedentlich gewisse Papiere, die sich auf das deutsche Militärwesen beziehen, zu erlangen. Auch an die Nationalsozialisten suchte er als „deutscher Patriot“ heranzukommen, man traute ihm aber nicht, abseits er sich in Beiträgen freigebig zeigte. Bei L. d. e. wurde eine hohe Summe in französischen Franken gefunden.

Das rote Kreuz in Schweden hat beschlossen, 12 000 Kronen (etwa 120 Millionen Mark) für das Ruhrgebiet zu sammeln.

Die Franzosen in Baden

Offenburg, 8. Febr. General Michel hat die Bestimmungen über den Verkehr in der Stadt wieder verschärft. Zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr früh ist jeder Straßenverkehr verboten, Wirtschaften müssen um 8 Uhr geschlossen werden mit Ausnahme derjenigen, in denen Franzosen verkehren. Die Verhandlungen mit den Angestellten und Gewerkschaften hat der General abgewiesen. Schüttenwald, südlich von Offenburg, ist nun auch besetzt worden. Der Bahn- und Fernverkehr ruht vollständig.

Französische Kletterer hat in Regelehurst, nordwestlich von Appenweier, Quartier bezogen. Die Besetzung dehnt sich also nach Norden und Süden aus.

Mannheim, 8. Febr. Große Aufregung verursachte gestern früh das Erscheinen von Panzerwagen am Brückenaustrag auf der Ludwigsbafener Seite. Ein Tank fiel um und behinderte den Verkehr außerordentlich. Ueber den Zweck ist nichts bekannt geworden.

Konstanz, 8. Febr. Eine Verlammlung von über 2000 Personen erhob im Konzilsaal feierlichen Einspruch gegen die Besetzung des Ruhrgebiets und der badischen Städte. Münsterpfarrer Weisbacher hat Dr. Gruber hielt eine zündende Ansprache. Er erwähnte alle Schmach, die seit dem Vertrag von Versailles bis zur Besetzung der badischen Städte auf Deutschland gehäuft wurde. Der Zusammenbruch des Reichs sei das Ziel der Feinde. Der Ruhrstreik sei die Frucht der bisherigen Erfüllungspolitik. Aber Deutschland werde einzig bleiben. Wir müssen

chon zum Opfer gegeben? nicht!

ten Sammelstellen Äftstelle dieses haben entgegen.

Obstbrenner Nagold Sammlung 11. d. Wts. 1 Uhr wane in Nagold. en ersucht der Vorstand.

briefe enen Ausführungen mpfiehlt handlung, Nagold.

Die Quelle

Nigrin-Extra, an das Herz lacht bei seinem Glanz.

Schiefertafeln Schreib-Hefte

Preis A 180.—

Material für Schul-Lehrstufen, weil leicht handlich.



Jährigen, jeder einzelne, fest zu stehen trotz aller Anfechtung. Die Rede entfiel einem Sturm der Begeisterung.

Bern, 8. Febr. Eine Abordnung der Basler Regierung wurde beim schweizerischen Bundesrat vorstellig wegen der ersten Folgen, die aus der Sperrung des Zugverkehrs in Baden für die Schweiz entstehen. Die Bundesräte Moita und Dr. Haab sagten zu, daß sie unverzüglich in dieser ernsten aber heißen Angelegenheit in Paris und Berlin zugleich Vorstellungen erheben werden.

Einspruch gegen den Einfall in Baden

Berlin, 8. Febr. Der deutsche Geschäftsträger hat der französischen Regierung eine Note übergeben, in der gegen die Belegung von Offenburg und Appenweier Einspruch erhoben wird. Es ist richtig, heißt es in der Note, daß unter der großen Zahl von Eisenbahnjahren, die infolge der französischen Kohlenpreize von der Reichseisenbahnverwaltung eingestellt werden mußten, zwei Expreßzüge sich befinden, deren Ausrüstung von der französischen Regierung als ein Verstoß gegen den Vertrag von Versailles ausgelegt werden. Zeit und Umstände geben dieser deutschen Maßnahme aber offensichtlich den Charakter einer vorübergehenden Notstandsmaßnahme. Von einer Vertragsverletzung kann daher keine Rede sein.

Aber selbst wenn eine formale Verletzung vorläge, müßte es als das Zerbrechen eines Friedenszustands bezeichnet werden, daß die französische Regierung eine Maßnahme von so untergeordneter Bedeutung zum Anlaß nimmt, ohne weiteres ihre Truppen in deutsche Städte einmarschieren zu lassen.

Allerdings hat die französische Regierung, um das schreiende Mißverhältnis zu verdecken, noch weitere angebliche Vertragsverletzungen heranzuziehen versucht; sie sind von deutscher Seite eingehend entkräftet worden, ohne daß die französische Regierung auch nur versucht hätte, die deutsche Beweisführung zu widerlegen. Sie führt keinen einzigen Rechtsmittel für ihr vermeintliches Sanktionsrecht an, es stehen ihr also in diesem Fall nicht einmal Scheingründe zu Gebote. In der Tat handelt es sich um ein Vorgehen reiner Willkür und Gewalt, begangen unter Ausnutzung der Wehrlosigkeit des deutschen Volks. Die Reichsregierung erhebt dagegen vor aller Welt feierlichen Einspruch.

Die Rheinlandkommission hat gleichzeitig die besetzten badischen Gebiete unter den Nachbereich des Brückentopfes gestellt. Über keine Bestimmung des Rheinlandabkommens genähert der Kommission das Recht, das Gebiet ihrer Zuständigkeit eigenmächtig zu erweitern. Die von ihr ausgesprochene „Billigung“ macht die vertragswidrige Maßnahme der französischen Regierung nicht zu vertragsmäßigem Recht. Vielmehr zeigt dieses Vorgehen erneut, daß die Kommission sich zum Werkzeug der französischen Politik machen läßt. Auch gegen diesen Rechtsbruch legt die Reichsregierung Verwahrung ein.

Wegen der Mitwirkung der betreffenden Mitglieder sind bei der englischen und belgischen Regierung Vorstellungen erhoben worden.

Württemberg

Stuttgart, 8. Febr. Erhöhung der Rente der Herzogin Charlotte. Dem Landtag ist ein Antrag auf Erhöhung der Rente der früheren Königin Charlotte zugegangen. Auf Grund des Abkommens vom 29. Nov. 1918 hat der Staat dem König auf Lebenszeit eine Jahresrente von 200 000 Mark, der Königin als Witwe auf Lebenszeit eine Rente von 100 000 Mark zu zahlen. Außerdem wurde dem König und der Königin das Schloß Bebenhausen samt dem zum Krongut gehörigen Mobiliar auf Lebenszeit überlassen. Am 29. Mai v. J. hat der Bevollmächtigte der Königin erucht, die Rente mindestens in demselben Verhältnis, wie dies bei den Pensionen der höheren Beamten gefahren ist, vom 3. Oktober 1921 an entsprechend der Geldverminderung zu erhöhen. Die Rente ist tatsächlich als eine staatsrechtliche Pension anzusehen, daher muß sie ebenfalls behandelt werden, wie die Bezüge der hinterbliebenen staatslicher Beamten. Im Haushaltsplan 1922 ist deshalb vorgeschlagen, an Stelle der ursprünglichen 100 000 Mark eine Grundrente von 300 000 Mark zu setzen, wozu ein aus 300 000 Mark zu berechnender Teuerungszuschuß in der Höhe der Hälfte des jeweiligen Prozentsatzes der Teuerungszuschläge der Beamten treten. Das würde ergeben für Oktober 1921 133 750 Mark, November 230 625 Mark, Dezember 408 750 Mark, Januar bis März 1923 je 643 750 Mark. Die Einkünfte der übrigen Mitglieder des Königshauses kommen durch Verfügung der prov. Regierung vom 6. Dezember 1918 in Wegfall. Die spätere Auseinandersetzung hat gezeigt, daß sehr wertvolle Gegenstände der Einrichtungen in den Schlössern Privatbesitz des Königs oder Hofkammergut sind, deren Erwerb durch den Staat notwendig oder wünschenswert ist. Dazu gehören zahlreiche Krankenhäuser im neuer Schloß, die beweglichen Sachen und Gemälde in Schloß Rosenheim und Wilhelmshaus, sämtliche Warmwasseranlagen in den Anlagen, Wandteppiche im Neuen Schloß, der wichtigste Bestandteil der Altgerätesammlung, des Münz- und Naturhistorischen Kabinetts, der Gemädegalerie usw., während über viele andere wertvollen Sachen das Eigentumsrecht noch nicht entschieden ist.

Stuttgart, 8. Febr. Aus dem Musikleben. Staatskapellmeister Erich Sand hat sich im Hinblick auf seine immer mehr anwachsenden sonstigen beruflichen Verpflichtungen veranlaßt gesehen, die Leitung des Vereins für klassische Kirchenmusik mit Ablauf dieses Vereinsjahres am 1. März niederzulegen. Die Stuttgarter Choroereinigung hört damit auf zu bestehen, der Lehrereingangsverein mit seinem Männer- und gemischten Chor bleibt unter Erich Sand's Führung.

Ursach, 8. Febr. Der Brandstifter. Die Annahme, daß der große Brand in der Spinnerei Kolb u. Schäfer nur durch vorfällige Brandstiftung entstanden sein könnte, hat sich bestätigt. Der in einer Holzwarenfabrik beschäftigte gewerke Arbeiter Eugen Welz hat das Feuer gelegt aus Rache, daß seine beiden Schwestern, die bei Kolb u. Schäfer arbeiteten, mit der Firma in Lohnstreit kamen. Anonyme Briefe, die Welz selber schrieb, lenkten auf seine Spur. Den Brand rief er dadurch hervor, daß er eine brennende Zigarette in das Hochmagazin warf. Das Feuer hat einen Schaden von weit über 100 Millionen Mark, nach heutigem Marktstand etwa 250 Millionen verursacht.

Brambos, Ost. Biberach, 8. Febr. Einbruch. In der Nacht vom 3. auf 4. Februar wurde beim Landwirt Georg Schmid eingebrochen. Dem Dieb fielen 8 Zentner Getreide, 2 Zentner Haber und sonstige Gegenstände von Wert in die Hände.

Schramberg, 8. Febr. Lebensmittel Diebstahl. In der Nacht auf 3. Februar wurden aus einem Lagerraum des Obst- und Gemüsehändlers Alois Armbruster Lebensmittel im Gesamtwert von 774 000 M. gestohlen. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

Karlsruhe, 8. Febr. Die Badische Post gibt soeben eine 3000 Mark-Banknote aus.

Pforzheim, 8. Febr. Die Vereinigung der Brennermeister von Pforzheim, Reutenburg, Maulbronn und Umgebung hat eine große Spende für das Rhein- und Ruhrgebiet gestiftet. Jedes Mitglied gab zwei Liter Zwetschenwasser. Das ergab einen Gesamtwert von rund einer halben Million Mark.

Pfullendorf, 8. Febr. Der letzte Fruchtmarkt war einer der größten seit Jahren. Der Handel war sehr lebhaft.

Lahr, 8. Febr. Gestern abend wurden hier zwei junge Burschen im Alter von 14 und 15 Jahren verhaftet, die aus einer Kassa 100 000 Mark stahlen. Das Geld wurde bis auf einen kleinen Betrag wieder beigebracht.

Kleinlautenburg, 8. Febr. Wie bestimmt verlautet, soll die früher Großmannsche Fabrik stillgelegt werden, nachdem der gelamten Arbeiterchaft bereits gekündigt worden ist. Diese Maßnahme ist für das Wirtschaftsleben unserer Gegend ein empfindlicher Schlag.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 8. Februar.

In der heutigen 178. Sitzung gab es zum Kapitel 80 des Finanzetats (Ablösung der Fiskuslast) längere und nicht gerade erquickliche Auseinandersetzungen über die Frage der Erhöhung der der Herzogin Charlotte zustehenden Rente. Während sich die Regierung und die Mehrheit des Finanzausschusses auf den Standpunkt gestellt hatten, daß die Rente als eine staatsrechtliche Pension anzusehen und demnach ebenso wie die Beamtengehälter zu erhöhen sei, wurde dies von kommunistischer und sozialdemokratischer Seite bestritten mit der Begründung, daß das Königshaus durch den Staatsvertrag endgültig abgelöst sei, und daß es in die Pflichten der herzoglichen Familien falle, für die Herzogin Charlotte zu sorgen. Die Abg. Dr. Bour (Ztr.), Dr. Müllerberger (Dem.) und Vides (D.B.) wandten sich ebenso wie der Abg. Bagille (B.P.) gegen die Auffassung der Linken, bedauerten den Ton, in dem über diese Lauffrage gesprochen wurde und Basille stellte fest, daß jetzt, wo ein höherer Feind das deutsche Volk vernichten will, eine Regierungspartei nicht anderes zu tun habe, als Ausführungen zu machen, die unsere Feinde nur erheitern können. Der Antrag auf Erhöhung der Rente wurde dann gegen die Stimmen der Linken angenommen, ebenso die Entschliekung, daß die Erben des Königs nun ihre vermeintlichen Ansprüche nicht weiter verfolgen sollen.

Sodann begann die Beratung des Kultetats. Zu der Bitte des Abg. Dr. Bour (Ztr.) um Unterstützung des Umbaus des Priesterseminars wurde regierungsfreig erklärt, daß das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen sei. Ein Zentrumsantrag, die geplante Reorganisation der Grundgehälter der katholischen und evangelischen Geistlichen mit hundertprozentiger Zuschreibung durchzuführen, wurde angenommen. Im übrigen wurden die Kapitel 41-47 erledigt, während es zu Kap. 48 (Universität) wieder eine längere Aussprache gab, in der die Not der deutschen Wissenschaft betont, der Dank für die Studentenhilfe ausgesprochen und der kommunistische Vorwurf zurückgewiesen wurde, daß die studentische Jugend systematisch zum Klassenkampf gegen die Arbeiter erzoogen werden. Morgen Fortsetzung der Beratung.

Aus Stadt und Bezirk.

Magold, 9. Februar 1923.

Konzert. Am nächsten Sonntag den 11. Febr. nachm. 4½ Uhr wird Klara Weigläder aus Gammstadt im Festsaal des Seminars wieder von Händel, Schubert und Cornelius singen. Kl. Weigläder gehört zu den bekanntesten Sängerinnen unseres Landes und verdient eine zahlreiche Zuhörerschaft. Für Klavier werden Stücke von Bach, Mozart und Schubert gespielt. Am Flügel R. Schmid.

Die bisherigen Bezirke, mit Ausnahme der Stadt Stuttgart, gelten als auf eine weitere Wahlzeit gewählt, da erst ein neues Wahlgeseh ausgearbeitet werden muß.

Die Ankaufsfrist der Gemeindefischereien ist in den meisten Fällen vom Reichsfinanzministerium vom 5. Februar auf 5. April 1923 verlängert worden.

Vom Flachsbau. Neuerdings sind einige Flachsflechterien und Flach verarbeitende Fabriken dazu übergegangen, die als Gegenleistung an die Flachsbauer abzuliefernden Fabrikate nach dem Dollarkurs anzunehmen, sodah der Bauer im nächsten Kaufmannsladen Leinen- und ähnliche Stoffe billiger einkaufen kann, als sie ihm von der Industrie angekauft werden. In der Methode liegt zum mindesten keine Ermunterung zum Ausbau von Flach, der wahrlich jetzt doppelt notwendig wäre, um den Bezug der unerforschlichen teuren Zustandsstoffe zu ersparen.

Der Zuckerrübenanbau in Gefahr. Die Zuckerrübenbauenden Landwirte beklagen sich, daß sie von den Fabriken erst nach langen Frillen bezahlt werden und daß sie dadurch, zumal bei der fortschreitenden Geldentwertung, zu so großem Schaden kommen, daß sie genötigt seien, den Zuckerrübenanbau aufzugeben und die Felder in Wiesen umzuwandeln. Die Zuckerrübenbauern behaupten, es sei ihnen unmöglich, mehr Abschlagszahlungen auf die Rüben zu machen, da die Reichszuckerstelle mit der Abnahme des Zuckers oft lange abgere, sodah in den Fabriken erhebliche Vorräte

Kauft deutsche Ware!

Die neue Verdoppelung der Postgebühren

Am 6. Februar trat in Berlin der Verkehrsbeirat der Reichspostverwaltung zur Beratung der vorgeschlagenen Neuordnung der Post-, Postfach-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren zusammen. Reichspostminister Stung begründete die weitere Erhöhung der Gebühren mit dem Hinweis, daß die Postverwaltung im Jahr 1923 einen Fehlbetrag von mindestens 489 Milliarden Mark haben werde. Mit der neuen Steigerung sei nach seiner Ansicht wohl der Höhepunkt der möglichen Gebührenerhöhung erreicht, denn der Verkehr sei in einzelnen Zweigen infolge der Verteuerung gegenüber dem Jahr 1920 bereits um die Hälfte zurückgegangen. Die vorgeschlagenen Erhöhungen werden einen Mehrertrag von etwa 300 Milliarden Mark bringen, es verbleibe somit immer noch die Summe von 189 Milliarden Mark ungedekt. Wahrscheinlich werde der Verkehr aber auf diese Gebührenerhöhung hin weiter abnehmen.

Der Verkehrsbeirat pflichtete den Ausführungen des Ministers im allgemeinen bei. Widerspruch wurde gegen die äußerst unbeliebte Neueinführung der Paketabholungsgebühr erhoben und ferner gewünscht, daß die Gebühr für Fernpostkarten nicht, wie vorgeschlagen, auf 50 sondern auf 30 Mark festgesetzt werde, damit den ärmeren Kreisen der Bevölkerung der schriftliche Familien- und Geschäftsverkehr nicht gar zu sehr verleidet oder garabzu abgeschnitten werde.

Zuallch der genannten Paketgebühr versprach der Minister, eine weitere Erhöhung nicht vornehmen zu wollen, es werde vielmehr geprüft, ob man sie nicht wieder abschaffen könne. Die Verminderung der Postkartengebühr würde einen Ausfall von 7 Milliarden bringen; es werde aber doch eine allerdings geringere Ermäßigung der Postkartengebühr beifürworten.

Sodern nicht Reichsrat und Verkehrsbeirat des Reichstags nach Änderungen vornehmen, werden vom 1. März 1923 an folgende Sätze gelten:

Postkarten: im Ortsverkehr 20 M., im Fernverkehr 50 M. (30, 40). Briefe: im Ortsverkehr bis 20 Gramm 40 M., über 20 bis 100 Gramm 60 M., über 100 bis 250 Gramm 100 M., neu über 250 bis 500 Gramm 120 M. — Im Fernverkehr bis 20 Gramm 100 M., über 20 bis 100 Gramm 120 M., über 100 bis 250 Gramm 150 M., neu über 250 bis 500 Gramm 180 M. Druckfächer: bis 25 Gramm 20 M., bis 50 Gramm 40 M., bis 100 Gramm 60 M., bis 250 Gramm 100 M., bis 500 Gramm 120 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 150 M., über 1 bis 2 Kilogramm (nur für einzeln versandte, ungeteilte Druckfächer) 250 M. Geschäftspapiere: bis 250 Gramm 100 M., bis 500 Gramm 120 M., bis 1 Kilogramm 150 M. Warenproben: bis 250 Gramm 100 M., bis 500 Gramm 120 M., bis 1 Kilogramm 150 M. Briefsendungen (zusammengepackte Druckfächer, Briefsendungen, Geschäftspapiere und Warenproben) bis 250 Gramm 100 M., bis 500 Gramm 120 M., bis 1 Kilogramm 150 M. Päckchen 200 M.

Pakete:	Rohpost (75 Klm.)	Fernpost
bis 3 Kilogramm	300 M.	600 M.
über 3 bis 5 Kilogramm	500 M.	1000 M.
über 5 bis 6 Kilogramm	600 M.	1200 M.
über 6 bis 7 Kilogramm	700 M.	1400 M.
über 7 bis 8 Kilogramm	800 M.	1600 M.
über 8 bis 9 Kilogramm	900 M.	1800 M.
und so fort bis 20 Kilogramm	2500 M.	5000 M.
Zeitungsstücke bis 3 Kilogramm	250 M.	500 M.

Postanweisungen: bis 1000 M. 60 M., über 1000 bis 5000 Mark 90 M., über 5000 bis 10 000 M. 120 M., über 10 000 bis 20 000 M. 180 M., über 20 000 bis 30 000 M. 240 M., über 30 000 bis 40 000 M. 300 M., über 40 000 bis 50 000 M. 360 Mark, über 50 000 bis 100 000 M. 450 M.

Auslandsgebühren: Briefe bis 20 Gramm 300 M., für jede weitere 20 Gramm 150 M., Postkarten 180 M., Druckfächer für je 50 Gramm 60 M., Geschäftspapiere für je 50 Gramm 60 M., mindestens 300 M., Warenproben für je 50 Gramm 60 M., mindestens 120 M.

Die Postfachgebühren steigen von 20 M. für 1000 M. bis zu 500 M. für mehr als 1 000 000 M. (unbeschränkt).

Für Telegramme werden erhoben: im Fernverkehr eine Grundgebühr von 160 M. und eine Wortgebühr von 60 M.; im Ortsverkehr eine Grundgebühr von 80 M. und eine Wortgebühr von 40 M.; für Brieftelegraphen eine Grundgebühr von 80 M. und eine Wortgebühr von 40 M.

Bei Fernspreckgebühren bleiben die Jahresgrundgebühren unverändert. Die Ortsgesprächsgebühren betragen 30 M. für jedes Gespräch. Ein Mindestbetrag an Ortsgesprächsgebühren für jeden Hauptanschluß wird nicht mehr erhoben. Die Ferngesprächsgebühren betragen für ein Gespräch bis 3 Minuten Dauer bis zu 5 Klm. einschließlich 30 M., steigend bis zu 450 M. bei 50 bis 100 Klm.; für jede angefangenen weiteren 100 Klm. 180 M. mehr.

Der Verkehrsbeirat hat sich gegen die vorgeschlagene Verdoppelung der Postgebühren ausgesprochen. Er hat sich gegen die Erhöhung der Postgebühren ausgesprochen, da die Postverwaltung die Erhöhung der Postgebühren nicht als einen Ausweg aus der Finanznot betrachtet, sondern als eine Maßnahme, die den Verkehr zu sehr behindern würde. Er hat sich für die Aufhebung der Paketabholungsgebühr ausgesprochen, da diese Gebühr für die ärmeren Kreise der Bevölkerung zu hoch sei. Er hat sich für die Verminderung der Postkartengebühr ausgesprochen, da diese Gebühr für die ärmeren Kreise der Bevölkerung zu hoch sei. Er hat sich für die Aufhebung der Briefgebühren ausgesprochen, da diese Gebühren für die ärmeren Kreise der Bevölkerung zu hoch seien.

Deutscher Opferwille

ep. In der schweren Lage unseres deutschen Volkes darf uns das Wiedererwachen seines Opferwillens neue Hoffnung geben. In einer Zeit, da die Welt nicht ein Fünftel der normalen Kaufkraft besitzt und jede einkommende Erhöhung von den Springen der Teuerung längst überholt ist, geben ganze Beamtentklassen 2, 3 ja 6-10 Prozent ihres Einkommens für das Rotkruz. Die Arbeiterchaft leistet trotz der Entbehrungen der letzten Jahre neben Lohnabhängigen ein freiwillige Mehrarbeit zu Gunsten des Hilfswerkes. Viel Arbeitgeber verpflichten sich ungeachtet der heraufziehenden industriellen Krisis mindestens das Bierfache von den Beiträgen ihrer Angestellten und Arbeiter aufzubringen. Im ländlichen Kreisen, die für vielerlei sonstige Liebestätigkeit in Anspruch genommen sind, kommen Sammlungen von Lebensmitteln für die Kämpfer an der Front. Eine ganze Nation unter der Lösung des Opfers in den neuen waffenlosen

Wacht ist Pflicht — Freiheit ist Verantwortlichkeit.
Eber-Flügelbach.

Der Bravo.

71) Eine venezianische Begebenheit von Fenimore Cooper.

(Fortsetzung.)

„Du lebst hier ganz nach deiner Bequemlichkeit, Gelsomina“, sagte Annina, indem sie hertrat und sich, als wäre sie müde, auf einen Stuhl hinwarf. „Deine Mutter ist besser und du bist im Wahnsinn Herrin im Hause.“

„Ich wollte, ich wäre es nicht, Annina, denn ich bin für dieses Amt bei diesem Weibchen noch sehr jung.“

„Es ist nicht so unetwöhnlich, Gelsomina, mit siebzehn Jahren im Hause zu gebieten. Das Befehlen ist süß, das Gehorchen ärgerlich.“

„Ich habe keine von beiden so gefunden, und ich gebe das erste mit Freuden an, so wie meine arme Mutter wieder im Stände ist, ihrer Hausverwaltung vorzustehen.“

„Das ist schön, Gelsomina, und macht den guten Vater sehr glücklich. Aber das Befehlen ist dem Weibe doch etwas wert und die Freiheit ebenso. Du warst gestern nicht auf dem Platz unter den Masken?“

„Ich möchte selten die Rummerei mit und konnte meine Mutter nicht verlassen.“

„Das heißt, du wärest wohl gern dabei gewesen. Du hast gute Ursache, dir's leid sein zu lassen, denn eine schönere Trauung mit dem Meere und eine bravere Regatta hat Benedigo nicht gesehen, seit du auf der Welt bist. Aber der ersten könntest du ja aus dem Fenster zusehen?“

„Ich sah die Staatsgaleere nach dem Udo streichen und die Menge Patrioten auf dem Berdod; doch sonst wenig.“

„Was tut's. Du sollst eine richtige Vorstellung von dem Fest bekommen, als wärest du selbst der Doge gewesen.“

„Ach, das erinnere ich mich oft gesehen zu haben, denn derselbe Baum ist ja alle Jahre.“

„Du hast Recht; aber Benedigo war nie Zeuge einer so schönen Regatta! Du weißt, die erste Wettfahrt ist immer mit Gondeln von vielen Rudern, von den besten Schiffern auf den Kanälen registert. Laßt war dabei. Du kennst Laugi?“

„Ich kenne kaum einen in Venedig, Annina, weil meine Mutter so lange schon krank ist; dies und meines Vaters unglücklicher Dienst hält mich zu Hause, wenn andere auf den Kanälen sind.“

„Wahr. Du bist nicht in der Lage, Bekanntheiten zu machen. Aber Laugi steht keinem Gondolier an Geschicklichkeit und Namen nach und er ist der lustigste Reel unter denen, die den Fuß auf dem Udo haben.“

„So war er denn bei dem großen Wettrennen der erste?“

„Es hätte ihm gehört, doch einiges Unglück beim Wenden machte ihn zum zweiten. Es war wahrscheinlich der Wille, die vielen stützlichen Schiffer zu sehen, wie sie um die Ehre kämpften. Ich wollte, du hättest es sehen können, Kind.“

„Ich hätte nicht gern einen Freund den kürzeren ziehen sehen!“

„Man muß das Glück nehmen, wie es kommt. Aber das merkwürdigste Schauspiel vom ganzen Tage war, einen armen Fischer namens Antonio mit lahmem Kopf und nackten Beinen zu sehen, einen Mann von sechzig Jahren, und einem Boot nicht größer als das, womit ich den Wein nach dem Udo bringe, der machte die zweite Fahrt mit und gewann den Preis.“

„Große Nebenbuhler konnte er doch nicht haben.“

„Die besten von Venedig; obgleich Laugi, der bei der ersten Fahrt war, nicht bei der zweiten mit sein konnte. Es bricht auch“, lud Annina sich an, indem sie sich mit gewöhnlicher Vorsicht umschau, daß einer, „weil man in Venedig kaum neben darf, die Arbeit hat, maskiert die Regatta mitzumachen; und doch gewann der Fischer! Hast du von Jacopo gehört?“

„Der Name ist mir neu.“

„Er ist ihm gegenüber nur einer in Venedig. — Alle meinen den einen, wenn sie Jacopo sagen.“

„Ich habe von einem Ungehörigen dieses Namens gehört. Sicher hat der es nicht gewagt, sich bei einer solchen Festa unter den Weibchen zu zeigen!“

„Gelsomina, wir leben in einem unbegreiflichen Lande. Dieser Mensch stolziert auf der Piazza einher, mit einem

Tritt, wie der Doge, ganz nach seinem Wohlgefallen; niemand sagt ihm ein Wortchen. Ich habe ihn am Mittage sich an den Siegestrost und an die Säule San Teodoro's lehnen sehen, mit stolzer Gebärde, als sei er dahin beordert, um einen Sieg der Republik zu feiern!“

„Wie leicht ist er im Besitz eines fürchterlichen Geheimnisses, wo sie sein Ausplaudern fürchten?“

„Du kennst Benedigo wenig, Kind! Ein Geheimnis von solcher Art ist für sich selbst schon ein Hinrichtungsbefehl. Es ist eben so gefährlich, zu viel zu wissen, als zu wenig, wenn man's mit St. Markus zu tun hat. Aber es heißt, Jacopo sei dort gewesen, habe Angeficht gegen Anseficht vor dem Dogen gestanden und die Senatoren erschreckt wie ein ungerufenes Gespenst, das aus den Säulen ihrer Vorfabren steigt. Das ist aber nicht Alles; als ich diesen Morgen über die Lagunen fuhr, sah ich, wie man den Leichnam eines jungen Kavaliere aus dem Wasser zog und die dabei stehenden sagten, er habe das Merkmal seiner Todeshand an sich.“

Die furchtsame Gelsomina schauderte zusammen.

„Die da registern“, sagte sie, „haben die Nachsichtigkeit vor Gott zu veranworten, wenn sie den Glenden frei herumgehen lassen.“

„Der hochgebenedeite Sancti Markus bewahre seine Kinder! Es heißt, es seien viele Sünden dieser Art zu büßen — aber gesehen hab ich den Leichnam mit meinen eignen Augen, als ich diesen Morgen die Kanäle betrat.“

„Und schließt du am Udo, daß du so früh draussen warst?“

„Am Udo — ja — nein — ich schlief nicht, — doch du weißt, daß mein Vater bei diesen Lustfahrten einen unruhigen Tag hatte, und ich bin nicht Herrin im Hause wie du, Gelsomina, daß ich nach meinem Gutdünken schalte. Doch ich verweile mich hier mit Baudern, indes die Wirtschaft zu Hause auf mich wartet. Hast du das Päckchen, Kind, das ich dir bei meinem letzten Besuch aufzubringen gab?“

„Hier ist es“, erwiderte Gelsomina, indem sie eine Schublade öffnete und ihrer Base ein kleines fest zugebundenes Päckchen gab, das, ihr unbekannt, einige verbundene Perlen enthielt, und welches die andere in ihrer unermüdbaren Geschäftigkeit, eine Zeitlang zu verbergen genötigt war. „Ich wollte dir es zuwenden.“

(Fortf. folgt.)

Handwerkskammerwahlen.

Die Wahlen zur Handwerkskammer haben letztmals im Jahre 1920 stattgefunden. Gemäß § 103 c der Reichsgewerbeordnung hat in diesem Jahre die im Jahre 1915 gemählte Präsidie der Mitglieder auszuscheiden und es sind die Neuwahlen zum Ersatz dieser auscheidenden Mitglieder der Handwerkskammer u. der auscheidenden Vorsitzenden einzuleiten.

Der Oberamtsbezirk Nagold gehört zum Handwerkskammerbezirk Heutlingen, wie auch die Oberämter: Balingen, Calw, Freudenstadt, Herrnsberg, Horb, Neuenbürg, Nürtingen, Oberndorf, Ruitingen, Rothenburg, Rottweil, Spaichingen, Sulz, Tübingen, Tuttlingen und Waiblingen.

Es ergibt an die in § 103 a Abs. 3 der Reichsgewerbeordnung und § 1 der Wahlordnung für die Handwerkskammern vom 31. Oktober 1899 (Reg. Bl. 1899 S. 787) bezeichneten gewerblichen Vereinstellungen (Handwerkervereinigungen, Handwerksfachgenossenschaften

und Handwerksvereine, gemischte reine Handwerksvereine, d. h. Vereinigungen von Angehörigen verschiedener, nicht verwandter Handwerke, Gewerbevereine und sonstige nicht auf Handwerker beschränkte, gewerbliche Vereinigungen) welche im Oberamtsbezirk ihren Sitz haben, die Aufforderung, sich bis spätestens 15 März 1923 unter Führung des Nachweises der gewerblichen Voraussetzungen der Wahlberechtigung und unter Nachweis der der Vereinigung angehörenden Handwerker, zur Beteiligung an der Wahl für die Handwerkskammer beim Oberamt anzumelden.

Anmeldungen, welche nach dem 15. März 1923 erfolgen, können bei dieser Wahl nicht berücksichtigt werden.

Der Nachweis der einer Vereinigung angehörenden Handwerker ist durch Vorlegung von Mitgliedsverzeichnissen nach folgendem Muster

Nr.	Nachname	Vorname	Wohnort der Mitglieder	Stand oder Gewerbe	Wann der Betreffende nicht als selbständiger Handwerker anzusehen ist, ist dies hier zu bemerken.	Erhöht der betr. Handwerker mehrere Wahlberechtigungen an? Wenn ja, welche?	Bemerkungen
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.

zu erbringen. In den betreffenden Rubriken sind diejenigen Mitglieder kenntlich zu machen, die nicht als selbständige Handwerker anzusehen, oder die nach § 2 der Wahlordnung (Reg. Bl. 1899 S. 788) als Angehörige weiterer wahlberechtigter Vereinigungen mehrfach stimmberechtigt sind.

Diesjenigen Vereinigungen bedürfen der Anmeldung nicht, welche schon bei der letzten Wahl als wahlberechtigt anerkannt worden sind. Sie erhalten von hier aus eine besondere Aufforderung.

Von den Vereinigungen, (Zunungen, Fachverbände usw.) und Abteilungen solcher (§ 1 Abs. 5 der Wahlordnung), die sich auf mehrere Oberamtsbezirke eines Kammerbezirks erstrecken, sind die Mitglieder nach Oberamtsbezirken und innerhalb dieser, nach Gemeinden je auf besonderem Blatt getrennt,

anzuführen. Die Einreichung aller einen Kammerbezirk umfassenden Listen dieser Vereinigungen hat bei dem Oberamt des Sitzes der Vereinigung bzw. Vereinigungsabteilung zu erfolgen. Auch diese Anmeldungen müssen bis spätestens 15 März 1923 erfolgen und haben den allgemeinen Anforderungen zu entsprechen. (Siehe oben Absatz 5)

Gewerbliche Vereinigungen, die lediglich die Erlangung besonderer Durchschnittspreise für Waren oder Leistungen oder eine gleichmäßige Verteilung von im Verdingungsmodus vergebenen Arbeiten bezwecken (Zarftvereine usw.) können nicht als wahlberechtigt anerkannt werden.

Nagold, den 8. Februar 1923.
349 Oberamt: Müng.

Marktverbot!
Wegen Ausbruch der Maul- und Ruudenseuche in Böcklingen ist der Viehmarkt in Herrnsberg am 13. ds. Mts. verboten worden.

Auch werden bis auf Weiteres die wöchentlichen Schweinemärkte in der Stadt Herrnsberg nicht mehr abgehalten.

Nagold, den 8. Februar 1923.
348 Oberamt: Müng.

Wer nicht zum „Deutschen Volksoffer“ gibt, unterstützt Poincaré!

Außer den bekannten Sammelstellen nimmt die Geschäftsstelle dieses Blattes jederzeit Gaben entgegen.

Kaufe
Lumpen das Kilogr. 150 Mark
Wollgestricke „ 500 „
Knochen „ 50 „
alle Schuhe, alt Eisen und Metalle zu den Tagespreisen. 342
Adolf Morlok, Nagold.

Gesangbücher
in verschiedenen Preislagen sind wieder eingetroffen bei
G. W. Zaiser
Buchhandlung Nagold.

Konjum-Berein.

344 Ad heute

Zunderabgabe.

Nagold. 347

Löwenlichtspiele.

Freitag abend 8.15

Sonntag 2.30, 4.30, 8.15

Der

Apachen-Lord.

Abenteuer-Drama in 5 Akten.

Lustspiel

in 2 Akten.

Samstag

keine Vorstellung

Ein fröhliches, braves

Mädchen

für sofort gesucht.

Höchster Lohn und gute Behandlung. 248

Frau G. Wörth,

Pforzheim,

Herrenstr. 22.

Habe ca. 20—25 Str.

Heu und

Wegmd

gegen Höchstangebot zu verkaufen. 345

Andreas Haselmeier

Oberschwandorf.

Am Samstag, den 10. Febr., abends 8 Uhr verkaufen wir in den Anlagen des Bezahlstankenhauses ein Quantum 337

Stockholz u. Baumreißig.

Bezirkskrankenhau-Bewaltung Nagold.

Durch Beschluß des Hebammenvereins Nagold wurde infolge großer Feuerung und Geldentwertung die Vergütung für Hebammenleistungen rückwirkend vom 15. Jan. 1923 an auf 8000 Mk. festgesetzt. 346

Gebetbücher

bei G. W. ZAISER, Nagold.

Mey's Stoffstragen mit Wäschestoff überzogen wieder lieferbar

Angenehm im Tragen
Bequem für die Reise
Keine Dauerwäsche
Nichtbleich wie Baumwolle
Dagegen glänzt Leinwand
Verwahrt u. hellgrün das
Keine Wäsche-Platzkosten

Nur echt
mit dem Mey's'schen Schutzzeichen

Verkaufsstelle: 238
G. W. Zaiser, Nagold (Wttbg.)

Heilmittel aus dem Nationalen Witzblatt

Seit dem Jahre 1848 laßt der Niederbairische über die Dummheit und Schwächen der Zeitgenossen und kämpft lächelndes Antlitzes mit den Waffen des Humors und der Satire d. h. mit Feder und Federstift gegen alles Faule auf politischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiete. Jede einzelne Nummer trägt zu einer im Spiegel der Karikatur und Satire gesehenen Chronik der Weltereignisse bei.

Probenummern und Bestellungen durch
G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.